

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei
in der tschechoslowakischen Republik.

Bezugs- Bedingungen:

Bei Zustellung ins Haus oder
bei Bezug durch die Post:

monatlich Ks 16.—
vierteljährlich 48.—
halbjährlich 96.—
jährlich 192.—

Zustellung von Nummern
erfolgt nur bei Ein-
zahlung der Retourmarken.

Erhalten mit Ausnahme
des Sonntags täglich früh.

Wahlen der Reaktion.

Das heutige Jahr ist ein Jahr der Wahlen. Am 4. Mai, da in Deutschland, und am 11. Mai, da in Frankreich das Volk an die Wahlurne treten wird, werden schicksalsschwere Entscheidungen fallen, die nicht nur für diese Länder von größter Bedeutung sind, sondern weit darüber hinaus ihre Wirkung üben werden, je nachdem der Wahlausfall die politischen Machtverhältnisse in diesen zwei Ländern gestaltet. Von einer gewissen Bedeutung war aber auch der vorgestrige Sonntag, an dem in zwei Ländern Wahlen vorgenommen wurden, welche als typische Länder des Nationalismus gelten, in Italien und Bayern. Hier das von den Schwarzhemden Mussolinis beherrschte und terrorisierte Land, dort das Land, in dem seit Jahren unter Tuldung der staatlichen Gewalt die Revolte gegen die Republik zur Wiedereinschaltung der Monarchie und zur blutigen Niederwerfung der sozialistischen Arbeiterbewegung planmäßig organisiert wird.

Noch liegen die endgültigen Ergebnisse der italienischen Kammerwahlen nicht vor, aber sie können keine Überraschungen bringen. Daß sie eine sichere Mehrheit für die faschistische Regierung ergeben werden, kann nicht zweifelhaft sein. Nach dieser Richtung kann von einer Bedeutung der Wahlen nicht gesprochen werden. Als Mussolini nach seinem Marsch nach Rom, den die Säulergarden mit ihrem „Marsch nach Berlin“ offenartig nachzuahmen suchten, sich der Macht im Scaate bemächtigte, war eine seiner ersten Maßnahmen, diese usurpierte Herrschaft durch Raub und Verfälschung des Wahlrechtes zu befestigen. Das von ihm durchgeführte Wahlgeseß sichert der Regierung, welche zudem alle Mittel der Wahlmacht in Händen hatte, die Mehrheit, denn es bestimmt, daß jene Liste, welche die höchste Stimmenzahl erzielt, zwei Drittel aller Sitze erhält. Nur das letzte Drittel soll nach dem System des Proporz unter alle Minderheitslisten aufgeteilt werden. Bei den sonntägigen Wahlen hat der Faschismus aber über dieses infame Prinzip hinaus noch ein übriges getan: er hat seine Raubhände auch nach den Mandaten der Minderheit durch Aufstellung von Minderheitslisten in einigen Wahlkreisen ausgedehnt. Trotz aller Vorteile, die das Wahlgeseß den Faschisten einräumt, haben ihnen die Wahlen erhebliche Nervosität bereitet, denn es war ihnen darum zu tun, neben der Erhaltung der Mehrheit der Mandate zu verhindern, daß die übrigen Parteien mit erheblicher Stimmenstärke aus den Wahlen hervorgehen. Darum nützte die Regierung in der schamlosesten Weise ihre Macht aus: auf allen Bahnhöfen, allen Tramwaywagen prangten faschistische Plakate mit Wahlaufrufen, auf alle Weise wurde die Aufforderung, für die faschistische Liste zu stimmen, aufstumpft, ein Vorrecht, das keiner anderen Partei eingeräumt wurde. Hand in Hand damit ging der fürchterlichste Terror. Die faschistische Presse hat wohl versucht, die Toten der Jüngere Mussolinis auf „überhäumende Schelmenstreiche“ der Jungfaschisten zu reduzieren, aber es waren wohl auch überhäumende Schelmenstreiche, als in Reggio Emilia vier dieser „überhäumenden“ in der Wohnung des sozialistischen Kandidaten Piccinini erschienen, ihn aus der Wohnung auszuführen suchten und ihn dort mit Revolverkugeln töteten. In einem Vorort von Monticiano wurde der 76jährige Sozialist Balucanti in seinem Hause von Faschisten durch Revolvergeschüsse ermordet. Sprengungen von Versammlungen, Demolierungen von Gewerkschaftshäusern, Bedrohungen und Gewalttaten gegen die gegnerischen Kandidaten und Wähler waren in den letzten Wochen an der Tagesordnung. Der Revolver war das Wahlsymbol; er diente ebenso dazu, jede Wahlpropaganda der anderen Parteien zu verhindern, wie die Wähler in Furcht und Schrecken zu versetzen. Am Tage der Wahl selbst wurden, entgegen dem Geseße,

Die Wahlen in Bayern.

Niederlage der Regierungspartei. — Der Bestzustand der proletarischen Parteien unverändert.

Berlin, 7. April. (Eigenbericht.) Mit dem Ausgange der sonntägigen Wahlschlacht in Bayern kann die Sozialdemokratie zufrieden sein. Die Partei hat wohl an einzelnen Stellen im Vergleich zu dem Ergebnis von 1920 einen geringen Prozentsatz an Stimmen verloren; das kann und soll nicht bestritten werden. Aber man muß auf der anderen Seite auch berücksichtigen, welchen Verlauf die Verhältnisse seit 1920 genommen haben. Berücksichtigt man dies, dann ist nicht abzuschreiten, daß unsere Genossen in Bayern dem Druck ihrer bürgerlichen Gegner standgehalten haben. Nicht sie erlitten die Niederlage, die alle bürgerlichen ihnen gemeinsam zubachten, sondern unterlegen sind in erster Linie diejenigen, die nie daran glaubten: die Bayerische Volkspartei und die deutschnationale Mittelpartei. Die Erbschaft aus dem Zusammenbruch der maßgebenden bürgerlichen Parteien treten als Kuppheier der von Raub und Annulling betriebenen Regierungspolitik die Deutschvölkischen an. Verloren ist jetzt dank der Politik der Bayerischen Volkspartei nicht nur ihre unumschränkte Herrschaft innerhalb der Regierung, sondern verloren ist vorläufig auch die Macht, die Reichsverfassung im partikularistisch-blauweißem Sinne umzugestalten, nachdem der Volksentscheid fast mit Zweidrittel-Mehrheit abgelehnt wurde.

Kuiperst schwierig dürfte sich die Regierungsbildung gestalten. Der Bayerischen Volkspartei, die nicht mehr über die Mehrheit verfügt, bleibt nichts anderes übrig, als entweder nach rechts Anschluß an die Deutschvölkischen zu suchen oder, da die Demokraten, die Deutsche Volkspartei und die Deutschnationalen so schwach sind, daß sie für die Regierungsbildung nicht in Frage kommen, mit den Demokraten zusammen nach links den Weg zu den verschämten Marginalen zu suchen. Beides ist zur Stunde ein Ding der Unmöglichkeit.

München, 7. April. (Eigenbericht.) Bisher liegt das amtliche Ergebnis aus 159 Bezirken vor. Darnach haben erhalten:

	Stimmen
Sozialdemokratie	355.956
Kommunisten	179.323
Bayerische Volkspartei	752.398
Völkischer Block	405.865
Demokraten (Deutscher Block)	61.568
Christlichsozialer	18.555
Nationale Rechte	167.115

die Wahlkabinen unter die „Bewachung“ der faschistischen Miliz gestellt. Bei dieser systematischen Gesetzesverletzung und Antastung aller Menschenrechte, war die Sicherung des „Erfolges“ der Faschisten wohl zweifellos, aber an der Angst, mit der der Faschismus diese Wahlen vorbereitete, ist doch zu erkennen, daß er selber seine Herrschaft als brüchig ansieht. Wenn man erfährt, daß von ungefähr zwölf Millionen Wählern nur etwa sieben Millionen an der Wahlurne erschienen sind, während fast fünf Millionen es vorzogen, zu Hause zu bleiben, wird man dieser Angst vor dem ehrlichen Urteil des Volkes die Berechtigung nicht aberkennen.

Auch über die bayerischen Landtagswahlen liegen zur Stunde noch keine abschließenden Meldungen vor, dennoch ist schon jetzt klar, daß sie weder die erwartete zersplitternde Niederlage der Sozialdemokratie, noch einen überwältigenden Sieg der Deutschvölkischen brachten. Ihr Ergebnis ist wohl ein starker Rückgang nach rechts, und brachte der Sozialdemokratie einen erheblichen Stimmenrückgang, aber so viel ist doch gewiß: die Sozialdemokratie steht auch in diesem Ruferlande der haken-

Nationalliberale	25.179
Deutsche Volkspartei	50.087
Beamtengruppe	18.105
Bauernbund	184.362

Zu dem Volksentscheid wurden abgegeben: 686.978 „Ja“ gegen 1.012.305 „Nein“. Legt man einen Wahlquotienten von etwa 25.000 zu Grunde, was allerdings noch nicht feststeht, so dürften sich auf Grund des bisher bekannten Stimmenergebnisses die Mandate ungefähr folgendermaßen verteilen: Bayerische Volkspartei 30, Sozialdemokraten 14, Kommunisten 8, Völkischer Block 16, Demokraten 2 bis 3, Nationale Rechte 6 bis 7, Nationalliberale 1, Deutsche Volkspartei 2 und Bauernbund 7 bis 8 Mandate. Das Ergebnis aus 38 Verwaltungsbezirken steht noch aus.

Die Wahl in München.

München, 7. April. (Wolff.) Endgültige Wahlergebnisse von München-Stadt: Stimmberechtigt waren 408.772, abgegeben wurden 300.876, Wahlbeteiligung 73,6 Prozent. Es entschieden: auf die Vereinigte sozialdemokratische Partei 71.489, Deutscher Block (Demokraten und verwandte Gruppen) 7642, Nationalliberale Landespartei 2055, Kommunisten 47.986, Beamtengruppe Rüdert 282, Deutsche Volkspartei 4155, Christlichsozialer Partei 2319, Beamtengruppe Krasofiel 2830, Völkischer Block (Bilder-Organisationen und verwandte Gruppen) 104.972, Unabhängige 1383, Vereinigte nationale Rechte (Deutschnationale Mittelparteien) 12.721, Bayerische Volkspartei 59.636, Bayerischer Mittelstandsbund (Südgau) 2853, Bayerischer Bauern- und Mittelstandsbund 106, Meisterliste 278.

Beim Volksentscheid stimmten mit ja 91.016, mit nein 182.197.

Die Berliner Presse über das Wahlergebnis.

Berlin, 7. April. Die Berliner Blätter sind in ihrem Urteil über den Ausgang der bayerischen Landtagswahlen darin einig, daß die bayerische Volkspartei in den Städten durch die Deutschvölkischen schwere Einbußen erlitten hat. Die Schuld an den schweren Verlusten wird von den Blättern der Politik der bayerischen Volkspartei beigemessen, unter deren Tuldung in München die völkische Bewegung hat so groß werden können. Die Sozialdemokraten hätten sich im allgemeinen gut behauptet und nur einen Teil ihrer Stimmen an die Kommunisten abgegeben. Was die Demokraten und die alten Rechtsparteien (Deutschnationale und deutsche Volkspartei) betrifft, so hätten diese Parteien in noch höherem Maße als die bayerische Volkspartei Verluste zugunsten der Deutschvölkischen zu verzeichnen.

Mussolinis Wahlkomödie.

Der größte Wahlbetrug der Geschichte

Rom, 7. April. (Stefanie.) Nach den bisher bekannten Ergebnissen stimmten in 51 Provinzen 1.437.252 Wähler (64 Prozent) für die Kandidatenliste der Regierung, während die Kandidatenlisten der Minderheiten, von denen übrigens einige regierungsfreundlich sind, 823.810 Stimmen erhielten. Von den Minderheitskandidatenlisten in den oben erwähnten 51 Provinzen erhielten: die Volksparteier 242.973, die sozialistischen Wähler 158.642, die sozialistischen Wähler 150.055, die Kommunisten 87.381 und die Republikaner 39.610 Stimmen. Zur Wahlurne hatten sich 62 Prozent der gesamten Wählerschaft eingefunden, was gegenüber allen vorhergehenden Wahlen eine Zunahme bedeutet. Die Regierung erlangte einen „glänzenden Sieg“. Nach dem Geseße hätte zum Siege ihrer Kandidatenliste 25 Prozent der abgegebenen Stimmen genügt. Sie erhielt aber 64 Prozent aller Stimmen, also mehr als für alle übrigen Kandidatenlisten zusammen.

Rom, 7. April. (Stefanie.) Alle (?) Parteien haben sich an der Stimmenabgabe beteiligt. Die nationale Regierungsliste steht mit einer enormen Mehrheit an der Spitze. Bis jetzt sind zwei Drittel aller Abstimmungsergebnisse bekannt. Von ungefähr 12 Millionen Wählern haben etwa 7 Millionen ihre Stimmen abgegeben.

Sozialdemokratischer Wahlsieg in Kärnten und Oberösterreich.

Wien, 7. April. (Eigenbericht.) Gestern fanden in Kärnten und Oberösterreich die Gemeinderatswahlen statt. In Kärnten haben die Wahlen für die Sozialdemokraten einen glänzenden Erfolg gebracht. Die Großdeutschen und Christlichsozialen hatten in Kärnten gemeinsame Listen aufgestellt. Trotzdem haben die Sozialdemokraten nicht nur in den größeren Städten, wie in Villach, St. Veit an der Glan und anderen die Mehrheit behauptet, sondern sind auch in den kleineren Orten und zwar sogar in ausgedehnten Landgemeinden in die Gemeindestube eingedrungen, so daß das Wahlergebnis von Kärnten geradezu dahin gedeutet werden kann, daß die Kleinbauern und Landarbeiter in den Dörfern sozialdemokratisch gewählt haben.

In Oberösterreich hatten die bürgerlichen Parteien ebenfalls gemeinsame Listen aufgestellt, um die Sozialdemokraten, die bei den letzten Wahlen im Jahre 1919 überaus große Erfolge errungen hatten, niederzuringen. Trotz des Terrors, den namentlich die Großbauern in diesem rein agrarischen Lande bei den Wahlen ausgeübt hatten, haben die Sozialdemokraten wohl in einigen großen Gemeinden Mandate verloren, diese Verluste wurden jedoch weitgemacht durch die großen Erfolge, die die Sozialdemokraten selbst in den kleinsten Landgemeinden errungen haben.

Wahlen haben bewiesen, daß trotz allem hinter dem Völkischen Block nur ein Bruchteil der Bevölkerung steht. Wir müssen natürlich uns davor hüten, den Ernst der Situation zu unterschätzen. Die Wahlen bedeuten einen starken Erfolg der bürgerlichen Parteien, aber „vernichtet“ ist auch hier die sozialistische Arbeiterschaft nicht aus der Wahlschlacht hervorgegangen, es hat sich vielmehr gezeigt, daß der Sozialismus trotz aller Mißgunst der Verhältnisse in der Arbeiterschaft unauflösbar seine Wurzeln verankert hat.

Die Wahlen vom Sonntag waren Wahlen der gewalttätigsten, brutalsten Reaktion. Unter beispiellosen Schwierigkeiten muß die Sozialdemokratie in diesen beiden Ländern ihre Kämpfe führen. Sie konnte in dieser Zeit, da hier auf diesen vorgeschobenen Posten alle Gewalten gegen sie wirkten, nicht siegreich sein, aber der Beweis ist erbracht, daß sie auch hier in den Herzen und Hirnen hunderttausender Arbeiter lebt und den kraftvollen Anstoß bildet, von dem aus, wenn Wind und Wetter ihr günstiger sein werden, neues Leben und neue Entwicklung ausstrahlen werden!

Kreuzerischen Reaktion auf festen Füßen, ist in ihrer inneren Kraft ungebrochen, während die Völkischen auch nicht annähernd jene Stimmenzahlen erreichten, auf welche man nach ihrem Geschrei hätte schließen können. Ludendorff, der „große Feldherr“, der nun täglich zeigt, daß er das Schwächen besser versteht als das Kriegsführen, hat wohl in München nach der Wahl eine großmäulige Siegesrede gehalten, aber es zeigt sich, daß Hitler nicht umsonst sich gegen die Beteiligung der Deutschvölkischen an der Wahl aussprach, denn er wußte, daß die Wahlen zeigen würden, wie stark oder schwach sie in Wirklichkeit sind. Als die auf einmal mandatslüsternen Führer der bayerischen Völkischen, die stets unentwegte Bekämpfer des Parlamentarismus sein wollten, zu Hitler jubelten, um ihn für den Gedanken der Wahlbeteiligung zu gewinnen, sagte er, jetzt überlasse man die Verantwortung, weil sie die größere Aktivität für sich haben, bei der Wahl aber entscheide die Stimmenzahl. Er sprach sich daher grundsätzlich und mit aller Entschiedenheit gegen eine Beteiligung an den Wahlen aus, was die völkischen Mandatsjäger nicht hinderte, ihre Bemühungen munter fortzusetzen. Die

Die Immunitätsvorlage.

Unter den vielen politisch bedeutsamen Vorlagen, die die Regierung der Nationalversammlung in den letzten Tagen vorgelegt hat, findet sich auch ein kurzes Gesetz folgenden Wortlautes:

„Wenn zur Einleitung des Strafverfahrens gegen ein Mitglied der Nationalversammlung oder zur Fortsetzung eines solchen Verfahrens die Zustimmung des zuständigen Hauses notwendig ist, so wird die Verjährung der Strafverfolgung vom Tage, an dem um Zustimmung zur Strafverfolgung angefragt wurde, bis zu dem Tage, an dem beim Gericht oder bei der Behörde, die um die Zustimmung angefragt hat, die amtliche Mitteilung darüber, daß das Haus über das Gesetz entschieden hat, einläuft, oder bis zu dem Tage, an dem die Zustimmung zur Strafverfolgung nicht mehr notwendig ist, gehemmt.“

In der Begründung wird angeführt, daß in dem in Böhmen, Mähren und Schlesien geltenden Recht eine diesbezügliche Bestimmung fehlt, wodurch oft die Strafverfolgung überhaupt unmöglich gemacht wird. Denn oft entscheidet die Kammer solange nicht über das Ansuchen, daß im zwischen die Verjährung eintritt, oder aber sie stimmt endlich zu, ihre Zustimmung ist aber mit Rücksicht auf die bereits eingetretene Verjährung der strafbaren Handlung bedeutungslos.

Es ist zuzugeden, daß hier eine empfindliche Lücke des geltenden Rechtes vorliegt, die bei Privatanklagen, insbesondere bei Ehrenbeleidigungen, von Geschädigten hart trifft. Doch diese tatsächliche bestehende Lücke darf nicht den Vorwand zu einer Bestimmung abgeben, die in das ganze System des Immunitätsrechtes eine Bresche legt. Denn die Vorlage bezieht sich nicht nur auf die erwähnten Fälle der Privatanklagen, sondern regelt die Verjährung der Strafverfolgung aller Delikte, auch der politischen.

Der Entwurf bietet daher die Möglichkeit, die Verjährung des vom Abgeordneten begangenen politischen Deliktes zur Hemmung zu bringen, d. h. die Rechtswirkung hervorzurufen, daß die Zeit, während welcher der Akt im Parlament liegt, in die Verjährungsfrist nicht eingerechnet wird. Zudem die Majorität des betreffenden Hauses aus Mitleid oder Schamperle jahrelang über das Gesetz nicht entscheidet, kann sie bewirken, daß der betreffende Abgeordnete, nach Ablauf der Funktionsperiode oder nach Auflösung des Hauses wegen des vor Jahren begangenen politischen Deliktes zur Verantwortung gezogen und bestraft wird und darin liegt eine außerordentlich bedeutungsvolle Einschränkung der sogenannten außerberuflichen Immunität der Parlamentarier.

Wenn das Gesetz diesen die Freiheit der Volkvertreter über Gebühr beschränkenden Charakter verlieren soll, muß er sehr eingeschränkt werden: Da es im Zusammenhang mit der Vorlage über die Hemmung der Zuständigkeit für durch die Presse begangene Verleumdungen und Ehrenbeleidigungen vorgelegt wird und wie jedermann bekannt ist, mit dieser in unheilbarem Zusammenhang steht, wäre es wohl genügend und vollkommen sachgemäß, wenn bloß die Verjährung der Verleumdung und der Ehrenbeleidigung durch das Auslieferungsgesetz gehemmt würde, es bezüglich aller anderen Delikte oder beim bisherigen Zustand bliebe, wie dies ja auch von unserem Gewissen Dr. Haas beantragt worden ist. Allenfalls wäre eine Erweiterung der Wirksamkeit der neuen Vorschrift auf einzelne erscheidend aufgezählte gemeine Delikte unter ausdrücklicher Ausschließung der politischen Delikte diskutabel. Auch die Bestimmung, daß die Hemmung nur auf ein halbes Jahr einwirken soll, die vom Abg. Prof. Rostka in Vorlesung gebracht wurde, könnte dem oben geschilderten Mißbrauch vorbeugen. Schließlich könnte eine Norm des Inhaltes, daß dann, wenn das Haus ohne über den Antrag zu entscheiden, auseinandergegangen ist, die Hemmung als nicht erfolgt angesehen ist, den erwähnten Gefahren vorbeugen.

An der vorliegenden Form bedroht das Gesetz einen der übernommenen Grundpfeiler des demokratischen Systems: die Immunität der Volkvertreter, und ist daher scharf zu bekämpfen. E. Sch.

Debatte über das Mieterschutzgesetz

in der gekrönten Sitzung des Abgeordnetenhauses.

Prag, 7. April. Heute nachmittag begann im Abgeordnetenhause die Debatte über das Mieterschutzgesetz.

Der Berichterstatter Lange führte aus, daß der sozialpolitische Ausschuss mit Rücksicht auf die herrschenden Wohnungsverhältnisse, welche eine Lockerung der Vorschriften über den Mieterschutz nicht zulassen, nicht anders konnte, als bedingungslos seine Zustimmung zum vorliegenden Gesetz auszusprechen. Der sozialpolitische Ausschuss verheißt sich nicht, daß das beantragte Gesetz den Erwartungen aller Parteien nicht entsprechen, ist aber überzeugt, daß nur die in der Regierungsvorlage enthaltene Kompromißlösung unter den gegebenen Verhältnissen als gerecht angesehen werden könne. Die Veränderungen, die das Gesetz gegenüber dem bisher geltenden aufweist, hält der Berichterstatter für zweckmäßig und empfiehlt daher die Annahme des Entwurfes.

Sodann bestieg die Rednertribüne

Genosse Hausmann.

Er sagt u. a.:

Es darf wohl als feststehende Gepflogenheit angesehen werden, daß in allen Parlamenten, wenn dort über die Verlängerung oder die Erneuerung eines schon bestehenden Gesetzes beraten wird, dabei die praktischen Erfahrungen, die man aus dem alten Gesetz gewonnen, und die Wirkungen, die das alte Gesetz während seines Bestandes ausgelöst hat, das die zwei Hauptfragen bei der Verlängerung oder der Erneuerung eines solchen Gesetzes in den Kreis der Erwägungen gezogen werden. Bei uns aber ist diese Selbstverständlichkeit nicht zu finden. Wir haben auch bei diesem Gesetze, das eine andere Behandlung erforderte, als es bisher alljährlich geschehen ist, wiederum gesehen, daß nicht die praktischen Erfahrungen und nicht die Wirkungen, die das alte Gesetz ausgelöst hat, die Verhandlungsbasis sind. Wir haben vielmehr diesmal wieder gesehen, daß alle jene Bestimmungen, die im hohen Maße der Koalition beschlossen wurden, ein Nährmichthian waren und geblieben sind. Es war auch diesmal so, daß im Ausschusse eine ganze Menge von Dingen konstatiert werden konnten, die einer notwendigen Klärung hätten unterworfen werden müssen.

Es sind aus einer ganzen Reihe von Städten und Körperschaften unserem Klub Resolutionen und Entschlüsse zugegangen. In den Resolutionen, die von Stadt- und Gemeindevertretungen, von Mieterschutzvereinigungen und von Beamten-Körperschaften an uns gelangt sind, wird verlangt, daß ein Abbau des bisherigen Schutzes nicht eintreten soll. Unser Klub braucht von dieser Stelle aus die Haltung und Stellungnahme, die er zu dieser Frage von jeher eingenommen hat, nicht zu wiederholen. Wir sind nicht bloß dafür, daß es beim bisherigen Schutz bleibe, sondern wir sind dafür, daß die praktischen Erfahrungen, die mit dem alten Gesetze gesammelt werden konnten, und die Wirkungen, die das alte Gesetz ausgelöst hat, zur Erweiterung des Schutzes mit verwertet werden sollen. Ich verweise darauf, daß ja speziell die Partei, der angehöre ich die Ehre habe, in unzähligen Versammlungen diesen Standpunkt präzisiert hat, das insbesondere in Westböhmen die Mieterschutzvereinigungen, so in Karlsbad, Rodau, Falkenau, Joachimsthal, Reudel, Elbogen und wie alle die Städte heißen mögen, unsere Stellung ganz genau umschrieben.

Es ist diesmal wiederum so, wie alljährlich, ehe es zur Beratung des neuen Mieterschutzes gekommen ist. Eine ganze Reihe von politischen Parteien — und das trifft nicht bloß auf die rechte Seite des Hauses zu, sondern insbesondere auch auf die linke Seite — ist in einer ungeheuren Zwangslage. Die bürgerlichen Parteien wissen ebenso wie jeder andere, daß gegen jene Gruppe, die diesmal wieder das schon bisher unzulängliche Mieterschutzgesetz noch weiter beschneiden will, die Mehrheit der Wähler steht, man will sich die Gunst der Mehrheit der Wählerschaft nicht verscherzen. Die Regierung und auch die Mehrheit des Hauses können den ganz unzulänglichen Schutz nicht vollständig aufgeben, sie werden zwangsläufig dazu gebracht, dem Scheine nach zumindest, diesen Schutz nicht allzusehr abzubauen.

Redner bringt nun zu einigen Anträgen, die wir zu diesem Gesetze eingebracht haben, den Nachweis, daß zu ihrer Ablehnung durch die Mehrheit nicht sachliche Gründe angeführt wurden. Wir haben unsere Anträge aus den Gründen der praktischen Erfahrungen und der Beurteilung der Wirkungen, die das alte Gesetz ausgelöst hat, gestellt.

Redner wendet sich gegen die Unzulänglichkeit der Bestimmungen des Paragraphen 1 und verlangt, daß das Gesetz

die Gründe zur Kündigung genau aufzuführen

habe. Insbesondere müsse verlangt werden, daß die Bestimmung gestrichen wird, wonach eine Wohnung gekündigt werden kann, wenn der Mieter sich gegen den Vermieter oder dessen Gattin einer strafbaren Handlung schuldig macht. Zur Frage der Erbhöfungen wäre zu wünschen, daß als Erbhöfungen nur eine wirklich gleichwertige

Wohnung angesehen werden kann, gleichwertig hinsichtlich des Preises, der Ausstattung usw. Paragraph 1 Absatz 2 Z. 15 bedeutet kein Entgegenkommen für die kleinen Hausbesitzer, es ist vielmehr leicht möglich, daß noch im letzten Augenblick diese Bestimmung zu Schiebungen ausgenutzt wird. Paragraph 4 Absatz 3 müßte dahin korrigiert werden, daß der Richter die Kündigung verweigern muß, wenn der Mieter seinen Verpflichtungen nachgekommen ist. Wir haben weiterhin im Ausschusse die Streichung des Punktes 3 Paragraph 11 verlangt, auf Grund dessen schon viele Hunderte Eisenbahner aus ihren Wohnungen geworfen wurden, und der Berichterstatter hat da erklärt, er sehe die Notwendigkeit einer Klärung ein, könne jedoch für unseren Antrag nicht stimmen, werde sich aber die nötigen Informationen verschaffen. Ich hoffe, daß er im Schlusssatz, nachdem dies bis jetzt nicht geschehen ist, darauf zu sprechen kommen wird. Wir beantragen schließlich auch eine Resolution, wonach die Arbeitslosen und Sezarbeiter von den öffentlichen Abgaben zu befreien sind, und diese Befreiung vom Mietzins in Abzug zu bringen ist. Zum Schlusse verlangt Redner die

Schaffung eines Reichswohnungs- und Siedlungsgesetzes, durch welches Grund und Boden, Wohnbau und Baugewerbe, sozialisiert werden, und daß der gesamte Wohnungsbau den zu schaffenden Selbstverwaltungskörpern übertragen wird, welche beschleunigt Neubauten durchzuführen hätten. Auf Grund dieser Forderungen könnte man hoffen, daß Wohnungselend, soweit dies im privatkapitalistischen Staate möglich ist, auf ein Minimum herabzubringen. Wir sind überzeugt, daß unsere Forderungen nicht sehr bald Gehör finden werden, und daß wir im nächsten Jahr wiederum ein Provisorium verhandeln werden müssen, welches diese Frage nicht lösen kann. (Beifall.)

Touzil (Kom.) erklärt, daß die Regierungsvorlage das bisher geltende Gesetz bedeutend verschlechtert. Das gebe den Hausbesitzern das Recht, tief in die Taschen der Mieter zu greifen und seine Partei könne daher mit dem Gesetz nicht übereinstimmen.

Rostka (D. Dem. Frp.) erklärt, daß die demokratische Freiheitspartei auch in der Frage des Mieterschutzes als oberstes Ziel der Gesetzgebung die Wiedereinführung der freien Wirtschaft betrachte. Mit Rücksicht darauf lehnt es die demokratische Freiheitspartei auch jetzt ab, sich an der Beratung und Beschlußfassung über diesen Gesetzentwurf zu beteiligen, um so mehr, als alle Verbesserungsvorschläge von den Mehrheitsparteien aus politischen Gründen abgelehnt werden. Redners Partei hält es als Pflicht der Regierung, die Aktion der staatlichen Bauförderung in ausreichendem Maße fortzusetzen.

Simm (D. Nat. Zog.) sagt, daß seine Partei nur dem Weiterbestehen der Bestimmungen zum Schutze der Mieter das Wort reden könne, daß aber nicht übersehen werden darf, daß hiemit allein bei der noch immer herrschenden Wohnungsnot nicht Genüge getan ist. Eine Linderung dieser Wohnungsnot kann nicht früher eintreten, als nicht eine gründliche Veränderung in der Relation zwischen Angebot und Nachfrage auf dem Gebiete des Wohnungsmarktes geschaffen wird, die dann alle Bindungen überflüssig machen dürfte.

Die Verhandlung der Vorlage wird sodann unterbrochen. Die Abg. Skafek und Genossen haben einen Antrag überreicht, demzufolge auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung als erster Punkt eine programmatische Erklärung der neugewählten tschechoslowakischen Abgeordneten über die Forderungen des tschechoslowakischen Volkes gestellt werden soll.

Zu diesem Antrag bemerkt Vizepräsident Burival, daß er der Geschäftsordnung nicht entspricht. Die Geschäftsordnung zählt genau und taxativ auf, auf welchem Wege Anregungen der Abgeordneten auf die Tagesordnung gelangen können. Der Paragraph 18 und auch kein anderer Paragraph der Geschäftsordnung führt nicht an, daß eine Abgeordnetenerklärung Gegenstand der Tagesordnung sein könne. Er kann daher den Antrag Skafeks nicht zur Abstimmung zulassen. Hierauf Schluß der Sitzung.

Der fernere Arbeitsplan.

Nächste Sitzung des Abgeordnetenhauses heute, Dienstag, um 1 Uhr mittags, mit der Tagesordnung: „Mieterschutzgesetz, Gesetz über die exekutive Räumung von Wohnungen, Bericht des Immunitätsausschusses über die Immunitätsangelegenheiten der Abgeordneten Tausil, Dinka, Dr. Juriga und Tomancik.“

Ausschüsse:

Heute, Dienstag, 9 Uhr, Gewerbeausschuss, halb zehn Uhr, verfassungsrechtlicher Ausschuss, dreiviertel ein Uhr, Präsidium.

Morgen, Mittwoch, 10 Uhr, landwirtschaftlicher Ausschuss, 11 Uhr, Immunitätsausschuss, 12 Uhr, Subkomitee für Privatangelegenheiten.

des Definitivums für provisorische Parallellassen. Der Stadtrat von Graslitz fordert daher, daß in allen Schulen, in denen Klassen ganz aufgelassen wurden, die Auflassungsverfügung so zu ändern ist, daß die aufgelassenen Klassen wieder eröffnet werden, wenn die Schülerzahl in den zusammengezogenen Klassen wieder 60 übersteigt, und daß

die provisorischen Parallellassen ebenfalls nach den Bestimmungen des § 7 des Kleinen Schulgesetzes zu behandeln sind, d. h. daß sie nicht aufgelassen werden dürfen, wenn durch diese Auflassung in einer zusammengezogenen Klasse der Schule die Zahl von 60 Kindern überschritten würde. Diese Forderungen kommen den „Erparungsabsichten“ entgegen, entsprechen dem Kleinen Schulgesetz und ermöglichen doch einen langsamen Wiederaufbau der Schulen bei steigender Schülerzahl.

Die Legionärsgemeinde gegen das Preßgesetz. Der Exekutiv-Ausschuss der tschechoslowakischen Legionärsgemeinde hat, wie die tschechischen Blätter melden, in seiner letzten Sitzung über die Preßgesetznovelle beraten und einstimmig konstatiert, daß die Vorlage ihrem im Notwendigkeitsbereich angeführten Zwecke nicht entspricht, daß sie ferner, falls sie Gesetz werden sollte, imstande sei, die notwendige Reinigung des öffentlichen Lebens zu erschweren und daß sie durch eine Reihe von Bestimmungen dem Geiste der demokratischen Verfassung und den Forderungen der Pressefreiheit widerspricht. Aus diesem Grunde hat der Exekutiv-Ausschuss dem Präsidium auferlegt, unter Mitwirkung von Fachleuten in der nächsten Zeit ein Exposé über den Standpunkt der Legionärsgemeinde in dieser Frage auszuarbeiten, das in der nächsten außerordentlichen Sitzung des Exekutiv-Ausschusses neuerlich beraten und dann den kompetenten

Ein deutsche Realistenpartei. In Brünn fand Sonntag die gründende Versammlung der deutschen Realisten statt. Zum Obmann der Partei wurde Ing. Kremer gewählt. Die Partei fordert Garantiese für die Sudetendeutschen. Die Partei ist passivistisch und tritt für eine Stärkung des Böhmerbundes ein.

Gemeindevahlergebnisse. Sonntag fanden in Elgot (Gulstschiner Ländchen) Gemeindevahlen statt, die unserer Partei einen großen Erfolg brachten. Die vereinigten tschechischen Parteien machten lange vor der Wahl Anstrengungen, um die Aufstellung unserer Liste zu verhindern. Als ihnen dies nicht gelang, bekämpften sie in der Wahlkampagne unsere Partei — die die einzige deutsche Liste des Ortes aufgestellt hatte — mit allen Mitteln. Die sonntägigen Wahlen endigten mit einer vollständigen Niederlage der vereinigten tschechischen Parteien. Von den 44 abgegebenen Stimmen konnten die vereinigten tschechischen Parteien nur 171 Stimmen auf sich vereinen. Sie erhalten sechs Mandate. Die Liste unserer Partei erhielt 273 Stimmen und neun Mandate. Sechs Stimmen fehlten unserer Liste zur Erringung des zehnten Mandates. Gegenüber den letzten Wahlen hat unsere Liste einen Zuwachs von 44 Stimmen zu verzeichnen. — Bei den am Sonntag stattgefundenen Gemeindevahlen in Příbram erhielten die tschechischen Sozialdemokraten sechs Mandate, die Nationaldemokraten fünf, die Kommunisten drei, die Agrarier eins, die Volksparteier elf, die tschechischen Nationalsozialisten vier, die Hausbesitzer eins, die Gewerbetreibenden drei und die akademische Kandidatenliste zwei Mandate.

Ergebnis der am 6. April stattgefundenen Wahlen in die Gaubereitung in Neutza. Zahl der abgegebenen Stimmen 20.810. Auf die einzelnen Kandidatenlisten entfiel folgende Stimmenzahl: 1. slowakische Volkspartei 54.971 (neun Mandate), 2. tschechische sozialistische Partei 5975 (ein Mandat), 3. magyrische christlich-soziale autochthone Partei 23.715 (vier Mandate), 4. jüdische Partei 6822 (ein Mandat), 5. republikanische Partei der Agrarier und Kleinbauern 47.627 (neun Mandate), 6. tschechoslowakische sozialdemokratische Partei 12.110 (zwei Mandate), 7. magyrische Landespartei der kleinen Landwirte 24.154 (vier Mandate), 8. kommunistische Partei der Tschechoslowakei 29.466 (fünf Mandate).

Aus dem Senat. Die heutige Senatssitzung beginnt um fünf Uhr nachmittags. Vor der Hausöffnung findet eine Sitzung des Präsidiums und der Klubobmänner statt. Weiter findet heute eine Sitzung des Immunitätsausschusses des Senates statt.

Ausland.

Rußland—Rumänien.

Der Kampf um Bessarabien.

Ueber das Scheitern der Wiener Konferenz in der der Konflikt wegen Bessarabien beigelegt werden sollte, äußerte sich der Führer der Sowjetdelegation bei einem Abschiedempfang auf der Wiener russischen Gesandtschaft. Er bemerkte: Die rumänische Delegation hat es für zulässig gefunden, die Sowjetregierung habe einige von den auf ihrem Territorium lebenden Nationen mit Gewalt im Bestand der Union fest und führe daher bei sich zu Hause keinelei Weisheit durch. Es gibt aber in den Grenzen der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken kein einziges Volk, und wäre es noch so klein, das nicht klar und eindeutig seinen Wunsch, dem Sowjetverband anzugehören, geäußert hätte. Alle Völker und Stämme der Sowjetunion haben ihrem diesbezüglichen Willen auf zehntausend Sowjetkongressen Ausdruck gegeben. Wir betonen die Ratekonferenz für den geeignetsten Ausdruck des Volkswillens. Unserer Meinung nach ist ein Ratekongress entsprechender, rechtmäßiger und demokratischer als ein Plebiszit. Wenn wir Rumänien trotzdem vorschlagen, den Streit um Bessarabien nicht im Wege der Einberufung eines

Inland.

Gegen die Willkür der Schulklassenauflassungen sagte der Stadtrat von Graslitz in seiner letzten Sitzung auf Antrag der Sozialdemokratischen Fraktion, einstimmig eine Entschlüsselung, in der es heißt: Der Stadtrat von Graslitz protestiert energisch gegen die bereits durchgeführten und die neuerdings geplanten Klassenauflassungen an deutschen Schulen. — Konnte der Landesschulrat bei Klassenauflassungen unter Beibehaltung des Schulorganismus mit Bezug auf den § 7 des Kleinen Schulgesetzes, wenigstens einen Schein von Demokratie und pädagogischer Einsicht aufrechterhalten, so sind die durch Veränderung bzw. Verschlechterung des Schulorganismus erzeugten Klassenauflassungen ein Faustschlag gegen den § 7 des Kleinen Schulgesetzes, gegen Demokratie und pädagogische Grundsätze. — Noch schroffer ist der Vorgang des Landesschulrates gegen die Parallellassen dadurch, daß nach der Meinung des Landesschulrates für die Parallellassen — obwohl hierüber nirgends im Gesetze etwas zu finden ist — die Bestimmungen des § 7 nicht gelten sollen, so daß der Landesschulrat Parallellassen nicht bei 60, sondern schon bei 75 Schülern auflassen und nicht bei 60, sondern erst bei

besarabischen Rätekommissionen, sondern durch ein Plebiszit entscheiden zu lassen, so tun wie es nur, um Rumänien entgegenzukommen und ihm unsern Vorschlag vollständig annehmbar zu gestalten. Sollte aber die rumänische Regierung anderer Meinung sein, sollte sie wünschen, daß die besarabische Bevölkerung die Form ihres weiteren staatlichen Lebens in derselben Weise entscheidet, wie es die georgischen Arbeiter und Bauern getan haben, wie es in Sibirien, in Turkestan und überall auf dem Territorium der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken der Fall war, das heißt im Wege eines besarabischen Rätekongresses, der nach Befreiung der rumänischen Okkupation gewählt werden würde, so haben wir gegen diese Lösung nichts einzuwenden.

Dann gab der Vorsitzende der zu den Wiener Verhandlungen eingetroffenen Delegation der besarabischen Organisationen, der ehemalige Vorsitzende des zentralen Bauernkomitees und der Bauernfraktion des Stahls Iseric, Wladimir Ciganco, eine längere Darstellung der Lage der besarabischen Bevölkerung seit der Besetzung Besarabiens durch Rumänien.

Rom, 4. April. Die katholische Presse „Il Popolo“, „Corriere d'Italia“ und „L'Espresso Romano“ sprechen ihre Unzufriedenheit der Regierung aus, die es ermöglicht, daß Gewalttätigkeiten an ihren Anhängern begangen werden. In Rom sind die Lokale der „Gioventu Cattolica“ zerstört worden. Das Haus des Padre Colopi ist durch Revolvergeschüsse, die von drei mit Fäscisten besetzten Camions abgegeben wurden, durchlöchert worden. In Teana ist der katholische Verein „Mente e Cuore“, die katholische Konjungenoffenschaft und der Wohltätigkeitsverein San Michele vollständig vernichtet worden. Der „Corriere d'Italia“ sagt, „es gibt keine Worte mehr, um den Gewalttätigkeiten gegen die katholischen Organisationen gerecht zu werden“.

Telegramme.

Das Verbrechen der Böllischen an Deutschland.

Eine vernünftige Rede des Reichsanzlers.

Bremen, 6. April. (Wolff.) Reichsanzler Marx sprach gestern hier in einer öffentlichen Versammlung der Zentrumspartei und führte u. a. aus: Es scheint, als ob Deutschland wieder vor entscheidenden Ereignissen stehe. Die Regierung werde nach Bekanntwerden der Gutachten der Sachverständigen prüfen, ob die darin niedergelegten Forderungen und Urteile für das deutsche Volk tragbar und die errechneten Leistungen richtig bemessen und erträglich sind. Die deutsche Regierung wird ihre Zustimmung nur zur Ueberrahme von Leistungen geben, die vom deutschen Volke auch wirklich getragen werden können. Die deutsche Außenpolitik verlaufe nahezu zwangsmäßig und die Ueberlegung müsse jedem Deutschen sagen, daß nach dem Verhufte des Weltkrieges auch die durch den Friedensschluß auferlegten Lasten getragen werden müssen. Diese Politik wird am schärfsten von völkischer und deutschnationaler Seite angegriffen. Der Friedensvertrag soll zerrissen werden! Wir sollen jede Leistung aus dem Friedensvertrag verweigern! Wahrhaftig, es könnte Herrn Poincare kein größerer Gefallen geschehen, als wenn einmal eine deutsche Regierung so töricht wäre, dieser Anforderung Folge zu leisten. Frankreich ist nun einmal zur Zeit die stärkste Militärmacht der Welt. Es ist ein Verbrechen an Vaterlande, durch Aufpeitschung nationaler Leidenschaften Zwietracht unter Völkern einzutragen. Der Reichsanzler meinte schließlich, die Außenpolitik Poincares trage Schuld, wenn etwa der kommende Reichstag durch die Zunahme der extremen Parteien nicht arbeitsfähig sein wird. Der Reichsanzler schloß: Ohne Achtung vor den deutschen nationalen Gefühlen wird die internationale Atmosphäre nie entspannt werden.

Berkämpfung des Eisenbahnerkonfliktes.

Die Gewerkschaften lehnen den Vorschlag der Regierung ab.

Berlin, 7. April. Die Spitzengewerkschaften der Eisenbahn haben beschlossen, das letzte Angebot des Reichsverkehrsministers in der Lohn- und Arbeitszeifrage abzulehnen. Sie erklären, daß das in der vergangenen Woche von der Reichsregierung abgelehnte Kompromiß zwischen den Spitzengewerkschaften und dem Verkehrsminister das Mindeste darstellt, womit sich die Eisenbahner zufrieden geben können. Sie seien entschlossen, im Notfall zur Erreichung ihres Zieles auch zu kämpfen.

Ein letzter Einigungsversuch.

Berlin, 7. April. Der sozialdemokratische Parlamentsdienst teilt über den Stand in der Eisenbahnerfrage mit: Bevor das Signal zum Streik in Uebereinstimmung mit familiären Organisationen der Eisenbahnarbeiter an die Organisationen im Lande hinausgeht, soll ein Versuch der letzten Art zur Vermeidung des drohenden Konfliktes im Reichsverkehrsministerium gemacht werden.

Das Programm der bürgerlichen Republikaner.

Berlin, 7. April. Die neugegründete „Republikanische Partei Deutschlands“ hielt gestern ihren ersten Parteitag ab. Das Referat des Oberregierungsrates Hans Simon spricht sich bezüglich der Außenpolitik für eine Besetzungspolitik auf Grund von Opfern aus. In einer Entschließung erklärt die Partei, sie sehe in der Niederlage ein nationales Schicksal, das anzuerkennen und zu überwinden tapferer sei, als es zu leugnen oder auf andere zu wälzen. Deutschlands Lage zu ändern vermögen nur Opfer. Die republikanische Partei Deutschlands trete daher ein für Reparationsleistungen, deren Masse und Wirkungen durch entsprechende Abmachungen mit den Alliierten festgelegt sein müssen. In der Frage des Beherrschens wurde eine Entschließung angenommen, die in dem grundsätzlichen Bekenntnis des Erkafes der Reichswehr durch völkische Miliz gipfelt. An die Spitze der Reichsliste wird der Redakteur Beller gestellt. Die Partei wird in zehn Wahlkreisen eigene Kandidaten aufstellen.

Keine Reparationsregelung ohne Deutschland.

London, 7. April. „Westminster Gazette“ zufolge müsse nach britischer Ansicht eine Regelung der Reparationsfrage mit Deutschland's Zustimmung erfolgen. Die wirtschaftliche Einheit Deutschlands müsse wiederhergestellt werden und es müsse die Kontrolle über seine Industrie und seine Bahnen haben. Die Zollschranken zwischen dem besetzten und dem unbesetzten Gebiete müßten verschwinden.

Schwierigkeiten der Arbeiterregierung.

London, 7. April. Im Unterhause findet heute die zweite Debatte über die Mietzinsvorlage der Regierung statt. Der Parlamentsberichterstatter des „Daily Telegraph“ spricht von einem kritischen Tage für die Regierung und schreibt: Nur eine energische Behandlung der Lage könne die Regierung heute vor einer neuen Schlappe bewahren. „Daily Chronicle“ zufolge ist das Kabinett geteilter Ansicht über die Klausel, die der Wohlfahrtsminister Wheatley selbstständig in die neue Vorlage eingefügt hat. Gestern abends fand eine eilig einberufene Ministertkonferenz im Außenamt statt, die sich, wie die Blätter melden, mit den Schwierigkeiten befaßte, in denen sich die Regierung befindet. Heute vormittags tritt ein Kabinettsrat zusammen.

Die Regierung in der Minderheit.

London, 7. April. Nach vorausgegangener Debatte über den Mietzinsgesetzentwurf im Unterhause hat die Regierung mit der Abstimmung eine Niederlage erlitten. Für die Vorlage stimmten 212, gegen 212. (Die Regierung hat schon früher erklärt, daß sie, falls sie bei dieser Abstimmung in der Minderheit bleiben sollte, keine Konsequenzen ziehen werde.)

Der Gesetzesentwurf über den Mietzins hatte folgenden Wortlaut: Das Gericht darf nicht anordnen, daß ein Mieter ausziehen muß wegen Nichtbezahlung des Zinses, wenn dieses durch seine Arbeitslosigkeit verschuldet ist.

Sozialversicherungsdebatte in der Kammer.

Paris, 7. April. Die Kammer befaßte sich heute mit dem Gesetzesentwurf über die Sozialversicherung.

Abg. Jordan, der Vorsitzende der Kommission, erklärte, daß das Gesetz tatsächlich eine soziale Revolution enthalte. Die Reform werde von allen Arbeitern Frankreichs ungeduldig erwartet. Er gibt bekannt, daß die meisten zur Generaldebatte eingetragenen Redner auf ihr Wort verzichtet haben, um die Verabschiedung des Gesetzes zu beschleunigen.

Der Berichterstatter Grinda legte kurz dar, daß dem Staate nur geringe Lasten aus dem Gesetze erwachsen würden. Die vom Staate verlangten Beiträge belaufen sich im ersten Jahre auf 21 Millionen, im ersten Jahre auf 195 Millionen, und verschwinden langsam mit dem vierzigsten Jahre. Dem Wünsche des Ministerpräsidenten entsprechend, habe die Kommission einen Artikel nachgetragen, in welchem bestimmt wird, daß die Reform erst dann in Kraft treten könne, wenn entsprechende Einkünfte dafür geschaffen sind.

Von sozialistischer Seite wird vorgeschlagen, daß ein so wichtiges Gesetz eine sorgfältigere Durchberatung verlange. Die Sozialisten können das Gesetz ohne grundsätzliche Diskussion nicht annehmen. Man solle vor allem für den Kostenaufwand eine entsprechende Deckung suchen.

Poincare erklärt, daß das Gesetz in seiner praktischen Anwendung erst in einigen Jahren werde in Wirksamkeit treten können. Man möge also zuerst die technische Seite durchberaten, für die Deckung des Aufwandes werde dann später Sorge getragen. Uebrigens werde dann die Regierung nicht mehr am Ruder. — Eine Stimme aus der Mitte ruft: „Wir hoffen, daß Sie noch lange am Ruder bleiben!“ (Beifall.) Poincare erwiderte: Er taben Sie mir, daß ich mich diesem Wunsche nicht anschließen, nachdem ich das Handwerk schon ein paar Jahre ausgeübt habe. (Seitens.)

In der Nachmittagsitzung erklärte der Redner der Kommunisten, daß der Gesetzesentwurf unzureichend sei und die Arbeiter namentlich für den Fall der Arbeitslosigkeit nicht genügend unternähme.

Nachdem Arbeitsminister Vincent die Bedeutung des Gesetzes vom sozialen Standpunkte aus erläutert hatte, wurde die allgemeine Diskussion beendet und einstimmig mit 350 Stimmen die Spezialdebatte beschlossen.

Belgrader Stimmungsmache.

Belgrad, 7. April. Nach Meldungen aus Agram will die kroatische republikanische Bauernpartei in einem an die Krone gerichteten Memorandum die gegenwärtige durch die Verfassung geschaffene staatsrechtliche Situation anerkennen und sich nur das verfassungsmäßig gewährleistete Recht vorbehalten, bei den Wählern auf gesetzlichem Wege für die Revision der Verfassung einzutreten.

Durch diese Loyalitätserklärung sollen die letzten Hindernisse beseitigt werden, welche von der Regierung der Verifizierung der kroatischen Abgeordnetenmandate in den Weg

Aus einer kleinen „kleinen Entente“.

Rumänische Behörden plündern südbawische Orte aus.

Belgrad, 7. April. Nach Meldungen aus Groß-Rikinda wurden die Orte Modos und Pardaun gelegentlich der auf Grund der Grenzregulierungskonvention mit Rumänien erfolgten Evaluierung seitens der rumänischen Behörden ausgeplündert. Dieses Vorgehen der Rumänen hat in Belgrader Kreisen einen höchst peinlichen Eindruck hervorgerufen.

Budapest ohne Zeitungen.

Streik und Aussperrung der Zeitungsetzer.

Budapest, 7. April. (Eigenbericht.) Die Arbeiter der großen Druckerei „Atheneum“, die Eigentum des Zeitungsherausgebers Miklosy ist und in der die Tageszeitungen „Az Est“, „Magyar Ország“ und „Pesti Naplo“ hergestellt werden, streiken seit längerem in Verhandlungen mit dem Unternehmer, der sich aber zu den Forderungen der Arbeiterschaft ablehnend verhält. Heute richtete nur das Personal des „Az Est“ ein mit drei Stunden befristetes Ultimatum an das Unternehmen. Da Miklosy die Forderungen ablehnte, traten die Setzer des Blattes in den Streik. Darauf beschloß der Verband der Zeitungsherausgeber, alle in den Zeitungsdruckereien beschäftigten Arbeiter auszusperrern. Infolgedessen erschienen schon nachmittags keine Zeitungen, mit Ausnahme des „A Naplo“, welches in der Druckerei der Kassenhäuptler hergestellt wird. Es ist wahrscheinlich, daß auch die Morgenblätter nicht erscheinen werden.

Devisenkurse.

Die tschechische Krone notiert in:

Table with exchange rates for New York, Zurich, Berlin, and Wien.

Prager Kurie am 7. April.

Table with exchange rates for 100 holl. Gulden, 1 Billion Mark, 100 belg. Franken, etc.

Tages-Neuigkeiten.

Spuren kleiner Tragödien.

Von Karl Fischer.

Man geht in früher Morgenstunde durch die Straßen.

Der Großstadtlärm ist noch nicht lebendig. Scharen hastender Menschen überqueren noch nicht die Straßen, man ist noch nicht umquirlt von der Gefahr des großen, bunten und verwirrenden Lebens, das gebieterisch die ganze Aufmerksamkeit verlangt und für ruhiges Betrachten von Nahem und Nebensächlichem keinen Raum läßt.

Man erblüht in der Nische neben einer Haustür Blut, dunkelrotes, geronnenes Blut, das gewiß aus dem Körper eines Menschen gerieft ist.

Und plötzlich entsinnt man sich, vor ein paar Tagen in der Zeitung gelesen zu haben: „Gestern, in den ersten Morgenstunden, fand ein Polizist in der Ecke eines Hauseingangs in der X. Straße einen Mann in seinem Blute. Der Unglückliche, der seit langem arbeitslos ist, hatte versucht, sich mit einem Taschenmesser die Pulsadern aufzuschneiden. Nach Anlegung eines Notverbandes auf der nächsten Unfallstation wurde er in das Krankenhaus gebracht, wo er bald nach der Einlieferung verstorben ist.“

Und unwillkürlich denkt man, wenn man das Blut in der Nische neben der Haustür sieht: ob sich hier auch jemand still aus dem Leben geschoben hat?

Im Flugwasser schwimmt ein Hut.

Er schaukelt ganz gemächlich auf der sanft bewegten Flut, die Wellen tragen ihn bald hierhin, bald dorthin, und der Wind lechzt ihn um und um, so daß es aussieht, als ob der Hut mit der letzten Kofferette an die Menschen am Ufer appelliert: seht ihr nicht, wie schön ich bin und wie schade es ist, wenn ich im Wasser verschimmele? Die Menschen am Ufer reden aufgeregt durcheinander:

„Da! Sieh! Da schwimmt sein Hut.“

„Ja richtig! Den hab'n sie vergessen aufzuheben!“

„Na hab'n sie denn den Mann gerettet?“

„Ja, rausgezogen hab'n sie ihn, aber er war wohl schon tot!“

„Ja. Der hatte schon zu velle Wasser geschluckt!“

Der Wachtmeister sagt, es ist ein Obdachloser.“

Ein kleiner Laden in einer Seitenstraße.

Die Inhaberin, eine alte Witwe, handelt mit Krumpfen, Trifolagen, Web- und Wollwaren.

Das Geschäft brachte gerade das höchste ein, was sie zum Lebensunterhalt brauchte.

In der Schaufensterscheibe ein großes Loch. Die Scheibe zerklüftet, sind in den Laden geschlichen und haben alles ausgeraubt.

Nur ein paar leere Kartons haben sie zurückgelassen.

Jetzt, am Morgen, ist die Kriminalpolizei im Laden, prüft und protokolliert.

Die Witwe sitzt daneben und weint fangungslos.

Sie weiß, daß sie von den gestohlenen Waren niemals etwas wiedersieht wird, daß sich keiner findet, der ihren Laden wieder auffüllt.

Sie geht ins Finstere. . .

Menschenleben verichwunden, Existenzen verflücht.

Und doch keine Traggelien für die Satten und im Besitz Zichern, die nicht „sentimental“ sind, die niemals gedarrt haben, die nicht denken an die Arbeitslosen und sich nicht scheren um das Scherlein für die arme Witwe.

Große Manifestationsversammlung der Prager Angestellten. Freitag den 11. April findet um 7 Uhr abends im großen Saal der Prager Produktionswerke eine Manifestationsversammlung der Prager Angestellten statt. Gegen die Verschleppung des Angestelltengesetzes, gegen den schändlichen Gehaltsabbau und die Entlassung älterer Angestellten, gegen die Aufzwingung unerträglicher Einzelverträge und gegen die Nichtanerkennung des Existenzminimums, gegen die anhaltende Teuerung, Stellenlosigkeit, konz. Stellenermittler, gegen die Wohnungsnot, gegen die Ausbeutung der Mieter und Untermieter, gegen die Ausschließung der Angestellten mit einem Gehalt über 20.000 Kronen aus der Krankenversicherung muß sich der Protest aller Privatangestellten wenden. Die Manifestationsversammlung am Freitag soll diesen Protest der Angestellten öffentlich zum Ausdruck bringen. In der Versammlung, der ein Massenbesuch der schwer bedrohten Angestelltenschaft gewiß ist, referieren: J. Sain, S. Heller und Dr. Strauß.

Zum Ableben des Prof. Dr. Waelsch. Die Erste Prager Krankenkasse der Handels- und Privat-Angestellten in Prag II., Jungmannova Nr. 29, hat anfänglich des Ablebens ihres Konsiliararztes, des Herrn Prof. Dr. Ludwig Waelsch, am Montag, den 7. d. M., eine Trauerfeier abgehalten, bei welcher der Obmann Kosis namens der Krankenkasse dem Verstorbenen einen warmen Nachruf widmete. Die Einäscherung findet heute, Dienstag, um einhalb 3 Uhr nachmittags, unter Teilnahme der Mitgliedschaft statt.

Sekuritas. In der in unserem Blatte vom 29. März 1924 unter dem Titel „Sekuritas-Versicherungs-Aktien-Gesellschaft“ erschienenen Notiz, teilt uns der Angestellten-Ausschuß der Gesellschaft namens der gesamten Beamtenschaft mit, daß die Verhandlungen wegen Erneuerung des Kollektiv-Vertrages inzwischen zur Zufriedenheit der Angestellten beendet wurden. — Die Gesellschaft stellte sich auf den von ihr ursprünglich eingenommenen Standpunkt nicht aus finanziellen, sondern nur aus prinzipiellen Gründen.

Klebamarken und Plakate der Ausstellung für Kultur und Wirtschaft Auffig 1924. Die Klebamarken und Plakate der Ausstellung sind soeben erschienen. Sie sind nach dem ersten preisgekrönten Plakat-Entwurf des Ausstellungs-Plakat-Vereins geschrieben worden. Der Preisträger war der Kunstmalers K. Kunst, Reichenberg. Das Plakat zeigt das charakteristische Bild des alten Auffiger Hofens mit dem Marienberg. Aus der Landschaft heraus erhebt sich aus dem schwarzen Hintergrunde

scharf hervortretend als Symbol der sich im Laufe der Jahrzehnte und Jahrhunderte stets erneut verjüngenden und immer neu erblühenden und Früchte tragenden Betriebsamkeit eine hübsche Frauenfigur. Die Plakate erscheinen als Anschlag-Affischen in den Formaten von 120 Zentimeter Höhe und 90 Zentimeter Breite, sowie in 90 Zentimeter Höhe und 60 Zentimeter Breite. Zum Aushang in Hotels, Kaffeehäusern, Wirtschaftskloakalen, Theatern und Kinos stehen Hängeplakate in der Größe von 90 Zentimeter Höhe und 40 Zentimeter Breite zur Verfügung. Ein weiteres 30 Zentimeter hohes und 20 Zentimeter breites Plakat ist ganz besonders zum Aushang in den Schaufenstern geeignet. Die Hängeplakate und die Klebe- bzw. Briefverschlus-Marken, letztere zur Verwendung bei persönlichen und geschäftlichen Korrespondenzen, stellt die Ausstellungsgesellschaft Interessenten in beliebigen Mengen kostenlos zur Verfügung. Es wird gebeten, von diesem Angebot recht zahlreichen Gebrauch zu machen und Plakate sowie Verschlusmarken von der Geschäftsstelle der Ausstellung (Auffig, Bürgermeisteramt, große Wallstraße) möglichst schriftlich und nicht telephonisch oder persönlich anzufordern.

Unmensliche Noheit. Vor einigen Tagen starb in Reboetin bei Olmütz der 74jährige Leonhard Knill. Der Greis wohnte im Anwesen des Eduard Reznicek; dieser erzählte dem Arbeitskammeraden Josef Sauer, daß es nötig wäre, den Knill mit den Sterbesakramenten zu versehen. Sauer zog sich als Pfarrer an, Reznicek spielte den Meßner. Sie trieben böse Scherze mit dem Alten und unter verdrütem Lächeln mit einer Glocke gab man dem Sterbenden die letzte Delung — man schnitzte ihm Gesicht und Hände mit Schuwhisch ein. In der Frühe war der Greis tot. Nun hat die Gendarmerie gegen die Täter die Strafanzeige wegen Verleumdung der Kirche erstattet.

Einbruch im Karolinentaler Kreisgericht. Bisher unbekannt Täter drangen Sonntag nachts in die Kanzlei des Kreisgerichtes in Prag-Karolinenthal ein. Sie versuchten die feuerfeste Kasse aufzubrechen, was ihnen aber nicht gelang. Unverrichteter Dinge zogen sie ab.

Selbstmord oder Unfall? Von dem Prag-Bysozoner Personenzug wurde Sonntag abends bei der Kreuzung auf der Königsstraße in Prag VIII eine unbekannt, etwa 27jährige Frau überfahren; sie war auf der Stelle tot. Ob es sich um einen Unfall oder um Selbstmord handelt, konnte bisher nicht festgestellt werden.

Ueberfall. Der Arbeiter Rudolf Jahradnik aus Prag-Zizlow wurde gestern in der Nacht auf seinem Heimwege von dem Monteur Otto Szebinovski aus Zizlow mit einem Taschenmesser zweimal in die rechte Hand und einmal unter das rechte Schulterblatt gestochen. Er wurde ins Allgemeine Krankenhaus überführt, wo sich herausstellte, daß die Verletzungen schwerer Natur sind. Der Täter wurde verhaftet.

Wiederaufnahme des Personendampferverkehrs auf der Elbe. Die böhmisch-sächsische Dampfschiffahrt nimmt ihren Personen- und Frachtdampfschiffahrtsbetrieb Donnerstag, den 10. April auf der ganzen Linie Leitmeritz-Dresden-Mühlberg wieder auf. Die Gesellschaft gibt Wochenkarten für die ganze Linie zu einem sehr mäßigen Preise heraus. Desgleichen verbilligte Rückfahrkarte von den Städten nach den beliebtesten Ausflugsorten. Die sonstigen Einrichtungen, wie Jahreskarten, Festfahrkarte, Fahrpreismäßigungen für Vereine und Schulen, bleiben bestehen.

Die juristische Kommission der Völkerverbündigen hielt Samstag und Sonntag in Wien Sitzungen ab; es waren lediglich die tschechoslowakische, japanische, griechische und magyrische Delegierten und die Vertreter der deutschen Liga in der Tschechoslowakei zugegen. In

der Samstagstung zog die Kommission die Vorschläge auf Aenderung des Verfahrens bei Verhandlungen der Minderheiten in Beratung. Die Aussprache wurde mit einer Rede Dr. Kunz eröffnet, dessen Ausführungen Dr. Raupberg ergänzte. Ihm erwiderte der tschechoslowakische Delegierte Dr. Renner. Er erklärte in seinem Expose, der Standpunkt der tschechoslowakischen Delegation sei durch die Entwicklung und die heutige Praxis des Völkerverbundes in Angelegenheiten von Beschwerden der Minderheiten gegeben, insbesondere durch die am 5. September 1923 im Geiste der Noten der tschechoslowakischen Regierung vom 5. April 1923 und der polnischen Regierung vom 16. Jänner und 22. August 1923 beschlossenen Resolution. Die tschechoslowakische Delegation stellt sich gegen jedwede Aenderung des Verfahrens in Angelegenheit der Minderheiten im extensiven Sinne. Eine derartige Aenderung stünde im Widerspruch mit der Entwicklung und der gegenwärtigen Praxis des Völkerverbundes und der Evolutionstendenz in diesen Fragen, wie sie sich heute in den internationalen Beziehungen äußert, stünde aber auch im Widerspruch mit der Souveränität und Würde der einzelnen Staaten sowie des Völkerverbundes, dessen Eintracht durch präzise Prozedurvorschriften nicht gebunden werden kann. Jedwede, dem gegenwärtigen Zustande entgegengesetzte Veränderung stünde auch im Widerspruch mit dem Zweck der Union, welche für den Völkerverbund und nicht gegen ihn arbeiten soll. Nach einer längeren Debatte wurde die Bildung eines Subkomitees vorgeschlagen, dessen Aufgabe darin bestünde, sich mit dem Studium dieser Frage eingehend zu befassen. Der tschechoslowakische Delegierte Dr. Renner sprach sich gegen die Bildung eines Subkomitees aus, erklärte aber, er müßte, falls ein solches gebildet und ein Platz der Tschechoslowakei in demselben vorbehalten wäre, seine Liga um ihre Entschuldig bezüglich eines weiteren Vorgehens ersuchen. Mit den Stimmen der österreichischen, der magyrischen, der griechischen und der Vertreter der deutschen Liga in der Tschechoslowakei wurde gegen die Stimmen der japanischen und der tschechoslowakischen Delegation beschlossen, ein Subkomitee einzusetzen und der Tschechoslowakei einen Platz in demselben einzuräumen.

Bismarckfeier, Preußenprinz und Graf Westarp. Im großen Saal der Berliner Philharmonie fand Samstag eine deutschnationale Bismarckfeier statt, an der auch Prinz Oskar von Preußen teilnahm. Es sprachen unter anderem der bekannte Politiker Graf Westarp, der die Wiedererrichtung einer starken Wehrmacht und die Wiederherstellung des deutschen Kaiseriums forderte.

Gegen das Münchner Schandurteil. Die sozialdemokratische Partei Deutschlands hat Sonntag in Berlin eine Protestversammlung gegen das Münchner Urteil einberufen. In einer angenommenen Entschließung heißt es: Das Urteil bedeutet die Kapitulation der Staatsgewalt vor den deutschvölkischen Bandenführern. In der Wirklichkeit bedeutet es den beginnenden Zusammenbruch der Republik, die ihre inneren Feinde freiläßt, während sie Tausende von Arbeitern, die für die Sache der Republik gekämpft haben, in Gefängnissen und Zuchthäusern gefangen hält.

Tropfi ist vollkommen hergestellt und lehr in diesen Tagen nach Moskau zurück, wo er seine Amtstätigkeit wieder aufnimmt. (Eine Bestätigung dieser überraschenden Nachricht ist jedenfalls erst abzuwarten. Die Red.)

Eine Krakauer April-Bombe. Am 2. April ging durch die polnische und auch internationale

Presse die Nachricht von einem Bombenattentat auf das Gebäude der tschechoslowakischen Zeitung „Gonje“ in Krakau. Die Lüge von dem Bombenattentat, die von staatsfeindlicher Seite angeblich immer wieder stattfinden, wurde von einem Spottvogel bloßgestellt. Auf den Stiegen des Redaktionsgebäudes wurde eine Bombe gefunden, die, so berichtete das Blatt in großer Aufmachung, von den waghalsigen Redakteuren unschädlich gemacht wurde. Am nächsten Tag meldete sich der vermeintliche Bombenwerfer und verlangte die Rückgabe des Paketes, das bloß Straßensteine enthielt. So endete das Hebenium der Redakteure des „Gonje“ mit allgemeinem Gelächter in Krakau.

Flugzeugabsturz bei Leipzig. Nach einer Meldung der Berliner „Montagspost“ stieß am Sonntag abend ein in Rossauung niedergehender Flugzeug bei Leipzig mit den Flügeln gegen einen Telegraphenmast und stürzte ab. Da das Flugzeug sich überschlug, stürzten die drei Insassen heraus und erlitten schwere Verletzungen. Der eine der Verletzten starb bald nach dem Unglücksfalle.

Kiew von einer Ueberschwemmung bedroht. Nach Meldungen aus der Sowjetukraine sind die Flüsse Dnjepr, Dones und Bug aus den Ufern getreten. Die Stadt Kiew ist von einer Ueberschwemmung bedroht.

Sowjetrussische Kunst. „So können die Dinge nicht weitergehen; dieser ganze scheinbare Wohlstand droht jeden Tag zusammenzubrechen.“ Mit diesen Worten kennzeichnet der russische Volkskommissar für Bildungswesen, Lunatscharski, die Bilanz seiner sechsjährigen Tätigkeit auf dem Gebiete der Kunst und Wissenschaft. Er schildert weiter den Umfang der drohenden Katastrophe: „Die russische Bildhauerei durchlebt gegenwärtig die heftigste Krise. Die Malerei existiert, hält sich aber kaum aufrecht. Unsere besten Künstler wollen ins Ausland gehen und können sich nur durch ausländische Bestellungen ernähren. Sie sind völlig vergessen, da der Staat nichts bei ihnen taufen kann. Ein wenig besser gestellt sind die Graphiker, die für die illustrierten Zeitschriften arbeiten können. Das Plakatwesen, das eine Zeitlang bei uns im Aufschwung war, ist jetzt vergessen. Auf dem Gebiete der Musik ist keine Verschiebung in revolutionärer Richtung festzustellen. Der Staat ist nicht in der Lage, durch Prämien und Bestellungen, die mit großen Ereignissen und Festlichkeiten verknüpft sind, fördernd auf diesem Gebiet einzugreifen. Die Lehranstalten stehen jeden Tag vor der Gefahr der Schließung. In dieser Lage befinden sich die Konservatorien und Musikschulen. Kann man in nächster Zukunft darauf rechnen, daß die materielle Lage der staatlichen Organe, die über das künstlerische Leben des Landes entscheiden, sich bessern wird? Ich weiß es nicht.“

Große Ueberschwemmungen im Banat. Infolge großen Hochwassers, durch welches weite Gebiete des Banates überschwemmt sind, wurde ein permanenter Rettungsdienst organisiert, um der Bevölkerung der überschwemmten Dörfer Hilfe und Nahrungsmittel zu bringen. Bei der Savebrücke hat das Hochwasser den Stand vom Jahre 1888 erreicht. Der durch das Hochwasser angerichtete Schaden wird auf viele Millionen Dinars geschätzt.

Verhaftung eines Diebdefraudanten. Der seit dem 3. März d. J. nach Unterschlagung von zirka 700 Millionen österreichischen Kronen flüchtig geordnete Direktor der Wirtschaftsstelle des Schwermetallverbundes in der Wiener Hofburg, Rudolf Kantor, ist Sonntag in Budapest von den dortigen Behörden verhaftet worden.

Der Leib der Mutter. 16

Roman von Elfe Feldmann.

Das Cafe war nicht weit von der „Gasse“ und es war während des Abends und während der Nacht von den Bewohnern der umliegenden Häuser, den Kontrollmädchen und ihren Liebhabern besucht.

Das Personal schlief um diese Zeit, nur ein alter Mann, der Hauswacht, und die Tagelassierin waren im Geschäft.

Es waren im ganzen noch drei Gäste anwesend. Drei Männer; jeder sah allein an einem Tisch. Einer ließ das Orchester spielen. Die Staubwolken lagen im Raum, es war eben ausgekehrt worden.

Die Kassierin legte mit einem Tuch über die Vorkasschen hin, ordnete den Zucker zu zwei Stücken auf einem Tablett. Dann setzte sie sich in die Kassa und nahm ihre Handarbeit.

Kommen Sie etwas weiter weg von der Musik, damit man sprechen kann, sagte Laich.

Sie stand sofort auf und folgte ihm gehorsam; sie war von großer Dienstfertigkeit, eine arme, hungrige Person, der ein Gratsstrümpf winkte.

Warten wir, bis es mit der Musik zu Ende ist; und bestelle zwei Kaffee mit Gebäck und bezahle gleich — auf einer Tafel stand. Die Gäste werden gebeten, sofort zu bezahlen. Aber als das eine Stück abgerollt war, warf der Gast abermals Wägen hinein und der Automat spielte das alte Lied: Das Meer erglänzte weit hinaus.

Die drei Gäste, einsame Männer vor ihrem Glas Tee mit Rum oder Doppelrum stierten traurig ins Leere, dann aber sah sie einer ein Herz und pfiff glücklich mit.

„Fräulein Flora,“ ergriff Laich das Wort

nach langem Schweigen — „ich möchte Ihnen etwas sagen. Ich will Ihnen ersehen, was Sie täglich verdienen, nur Sie das nicht mehr!“

Sie schweig und ließ ihn reden. Sie rang verloren die Hände.

„Ich meine, gehen Sie nicht mehr auf die Gasse. . . Wollen Sie dafür mit ein paar Kindern spazieren gehen? Jeden Nachmittag zwei bis drei Stunden?“

„Ja,“ sagte sie atemlos — „das kann ich, das tu ich gern.“

„Dann wollen wir also ab morgen, wenn das Wetter schön ist, damit beginnen. Sie kommen zu mir und ich gehe mit. Wir werden die Kaufe in der Meierei nehmen. Nachher gehen Sie heim und ruhen aus, schlafen die ganze Nacht. Am Vormittag können Sie Ihren Haushalt in Ordnung bringen und nachmittags gehen Sie mit den Kindern wieder in den Park. Ziehen Sie sich nur ganz einfach an, seien Sie nur ganz einfach.“

Ja, sagte sie, und ich kann ja eine Striderei mitnehmen. Es wird gut gehen. Ich geh nicht mehr auf die Gasse. Ich bin zu alt dazu.

Die sentimentale Musik machte es, daß sie weinte und ganz offenerzig wurde.

Man beschimpft mich, man mißhandelt mich, man speit mich an. Sie bereuen es daß sie sich hinauflocken ließen, und sie ohrfeigen mich aus Zorn. Das kommt jede Nacht mindestens einmal vor. — Ja, man schlägt mich.

Und Sie sind ja auch nicht ganz gesund, sagte er. Sie müssen geschont werden. . . Sie horchte auf. Sie müssen geschont werden. . . Hatte er das gesagt? Sie riß Augen und Mund auf. Hatte er das gesagt?

Die ganze Straße drehte sich nach ihnen um, als sie ausmarchierten: war das ein Festzug, war es ein Masken-Narrenzug? Er hatte nichts anderes zu tun, als die Kinder von Schuster Fehnenheit abzuholen. . . Da

gingen sie: der älteste Knabe, das verwachsene Mädchen, halb gewaschen, gestickt, die Haare mit Wasser geläutert. Den Kinderwagen schob die dicke Flora, — „einsach“ hatte sie sich gemacht. Nur das Krüdenkind war zuhause geblieben. Zwei hatte man sogar in den Wagen gesteckt: den Säugling und das Dreijährige, das noch nicht gehen konnte. Kommt du nur auch mit, hatte Laich gesagt, als er es einpackte.

Wer aber mit ihm stolz voranschritt, das war der kleine Otto. So gingen sie. Der Tag war wunderschön. Blauer Himmel, Sonne, warme Luft.

Und Laich hatte einiges Geld im Sad. Das Geld für seinen verbrämten Wintermantel.

Er ließ die Leute lachen und schauen. Lassen Sie, sagte er zur Flora — im großen, weiten Amerika, dort habe ich die Freiheit gelernt.

Er hatte eine Begeisterung, einen freudigen Stolz in sich, die kein anderer mit ihm teilte. — Für sich allein war er befuerert, wie ein Wahnsinniger es für sich allein ist, ohne die Teilnahme der Menschen.

Und dann sahen sie eine Stunde lang in der Meierei. Flora hielt sich gut und tapfer. Sie trank ihr Glas Milch und sie gab den Kindern zu trinken. Und alle aßen sie Butterbrot. Als ein Verkäufer an den Tisch kam, kaufte Laich eine große Dose Rirschen und gab sie Flora, damit sie sie austeilte. Von allen Seiten spielte Musik und im Garten waren alle Tisch voll besetzt. Manch einer stieß den Nachbarn im Vorübergehen an und lachte laut, aber vielen blieb das Lachen im Halse stecken: denn war auch der Anblick des nettergekleideten und intelligent aussehenden Mannes mit Augengläsern in der Gesellschaft des Weibes, der man das niedrige Gewerbe ansah, das überdies häßlich und alt war, mit den ausgefüllten, dicken Formen, dazu der

Kinderwagen mit zweien darin, war das etwas, das der Komik nicht entbehrte, so waren doch die beiden Gestalten, des Knaben mit dem großen, bleichen Kopf und des kleinen, verwachsenen Mädchens danach angehan, daß einem weh im Herzen wurde. Laich sah nicht, was um ihn her vorging. Er blüde von einem Kind zum andern. Es war nicht Liebe und nicht Zusammengehörigkeit, nein, die Fremdheit, die er gegen alle Menschen fühlte, war hier ebenso Herrin seines Gefühls als sonst. Nur der abdrünstige Wunsch, zu helfen, riß ihn mit; gut zu sein, zu helfen: diesen gelben, kleinen, schuldblosen Wesen eine gute Stunde zu bereiten.

Er fühlte etwas Heißes, Selbstames, einen Wunsch, so heftig, daß erbeute: könnte ich Wunder tun! Er dachte so lebhaft, daß er laut sprach.

Flora sah ihn an. Die Leute, die sie an-glockten, die Männer, die ihre Fleischfülle lustig und mit dem Verlangen betrachteten, sie roh anzufassen, den warmen Tag, der zu Ende ging, alles sah sie mit leeren Augen.

Ihr Gesicht war von der billigen Schminke zertrüffelt; man sah die Poren und die kleinen, entzündlichen Unreinlichkeiten. Man sah die Spuren des roten Papiers, das sie manchmal gebrauchte, wenn das Rouge in ihrem Tigel ausging und sie kein Geld hatte, neues zu kaufen. Es war ein weißliches Wesen, dem man auf die größte Entfernung die „Schande“ ansah.

O, dachte Laich, könnte ich die Schmach von i. r Stirne nehmen! Könnte ich ihr Leben neu aufbauen mit Ehrlichkeit und schlichter Arbeit! Könnte ich ein geachtetes Menschenkind aus ihr machen! Und er sagte sich verzweifelt, daß er zu schwach und zu ohnmächtig war, um in die Speichen der Räder zu greifen.

(Fortsetzung folgt.)



Die Besichtigung

unserer

Speisefett- und Margarinefabriken

ist allgemein gestattet,
sodaß sich jedermann von der Reinheit und Güte der Rohstoffe sowie von der Sorgfältigkeit und Appetitlichkeit der Herstellung überzeugen kann!

Georg Schicht A. G.

Erzeuger von:

Visan-Milchmargarine

Die beste und doch billig!

Rita-Teemargarine

Die billigste und doch gut!

Ceres-Speisefett

Bewährt seit 20 Jahren!

Mitteilungen aus dem Publikum.

Julius Meinl



Kaffee-Import.

Herausgeber: Dr. Ludwig Czech und Karl Cermak.
Verantwortlicher Redakteur: Wilhelm Riehnert.
Druck: Deutsche Zeitungs-Verlags-Gesellschaft, Prag.
Für den Druck verantwortlich: O. Holth.

Werbet bei jeder Gelegenheit für
Euer Parteiblatt den
„Sozialdemokrat“!
Inserieren Sie im
Sozialdemokrat!

S. 592/W.

Bezirkskrankenlaffe Neudel

Preisauschreiben.

Der Verwaltungsausschuss der Bezirkskrankenlaffe in Neudel beabsichtigt im Ortsteile „Zur schönen Aussicht“ ein
Krankenhaus mit Lungenheilstätte und Entbindungsheim

zu erbauen. Interessenten werden eingeladen ihre diesbezüglichen Projekte (Maßstab 1:200) nebst Angabe des Kostenaufwandes nach umbauten Raumes bis **15. Mai 1924, 5 Uhr nachmittags**, bei der gefertigten Bezirkskrankenlaffe einzubringen. Die Entwürfe sind mit einem Kennworte zu versehen. In einem geschlossenen Briefumschlage mit demselben Kennwort ist Name und Adresse des Verfassers bekanntzugeben.

Für die drei besten Arbeiten werden Preise in der Höhe von 6000 K, 4000 K, 2000 K ausgeschrieben.

Die preisgekrönten Arbeiten übergehen in das Eigentum der Bezirkskrankenlaffe. Bauprogramme, Situations- und Anebauplan liegen bei der Bezirkskrankenlaffe zur Einsichtnahme auf und können auch zum Betrag von 30 K erhoben werden.

Projekte, die nach dem oben festgesetzten Zeitpunkt einlangen, können auf keinen Fall Berücksichtigung finden.

Neudel, am 4. April 1924.
Für die Verwaltung der Bezirkskrankenlaffe:
Der Direktor: Der Obmann:
Kdolf Hoffmann. Franz Pecher.

Lachen links!

Das neue deutsche Witzblatt erscheint wöchentlich.
Jede Nummer Ab 1.10.
Zu beziehen durch die
Bolksbuchhandlung
Gruß Sattler
Karlsbad, Aera Palace

Lehrmeister-Bücherei

Eine bewährte Sammlung praktischer Anleitung für alle möglichen Bedürfnisse des täglichen Lebens. (Handwerk-Technik-Liebhäberei u. a.)
über
700 Nummer erschienen!
Jede Nummer Ab 1.00.
Verzeichnisse sendet kostenfrei

Bolksbuchhandlung
Kramler & Co.,
Teplic-Schönan,
Theresienstraße 18-20.

„Frauenwelt“

Eine Halbmonatsschrift.
Jede Nummer Ab 2.-.
Zu beziehen durch die
Bolksbuchhandlung
Gruß Sattler
Karlsbad, Aera Palace



Kopfschmerz

Müdigkeit und Kreuzschmerzen als Begleiterscheinungen anstrengenden Gehens werden vermieden durch Tragen von **Berson-Gummiabsätzen** und **Berson-Gummi-sohlen**, weil die Wirbelsäule und das Nervensystem beim Gehen nicht erschüttert werden. Achten Sie daher schon beim Einkauf neuer Schuhe darauf, daß an denselben **Berson-Gummiabsätze** und **Berson-Gummi-sohlen** angebracht sind.

Unser unvergeßlicher Arzt und Berater, Herr

Prof. Dr. Ludwig Wälisch

ist nach schwerer Krankheit am 5. April l. J. verschieden.

Der Verstorbene widmete immer und überall seine wertvollen Kenntnisse den Interessen der Anstalt und deren Mitgliedschaft, was ihm die Achtung und die Liebe aller jener, die ihn kannten, sicherte. Ein stets ehrendes Andenken wird ihm bewahrt bleiben. Die Einäscherung der Leiche findet am Dienstag, den 8. April l. J. um 2¹/₂ Uhr nachm. im städtischen Krematorium statt.

Der Vorstand

Die Ärzte

Das Personal

der Ersten Prager Krankenlaffe der Handels- und Privatangestellten Prag II., Jungmannova str. 29.

Prag, den 7. April 1924.